

Allgemeine Zeitung

VERLAG: MAINZ, GROSSE BLEICHE 33
TELEFON-SAMMELNUMMER 4371

Ausgabe Kreis Bingen
NEUER MAINZER ANZEIGER

REDAKTION: MARGARETENGASSE 3
TELEFON-SAMMELNUMMER 4371

Nummer 55

Samstag, 28. Juni 1947

Preis 20 Pfennig

Für Europas Wiederaufbau

Die Pariser Konferenz hat begonnen — Die Meinung der Welt von der ersten Sitzung

Paris (Südena). Die Europa-Konferenz der drei Außenminister Englands, Frankreichs und Sowjetrußlands begann gestern nachmittag um 18.00 Uhr doppelter deutscher Sommerzeit im französischen Außenministerium am Quai d'Orsay. Außenminister Molotow war bereits am Mittwochnachmittag, von hohen Beamten der sowjetrussischen Militärverwaltung begleitet, in Paris eingetroffen. Er hatte einen anderthalbstündigen Aufenthalt in Berlin zu Besprechungen mit führenden Vertretern der russischen Militärregierung in Deutsch-

land benutzt. Von der sowjetischen Botschaft aus, wo er während seines Pariser Aufenthaltes wohnen wird, stattete er dem französischen Außenminister Bidault noch am gleichen Abend einen Besuch ab. Bidault wird den Vorsitz auf der Konferenz führen. Bevin flog erst gestern vormittag von London nach Paris ab und traf um 13.30 Uhr doppelter deutscher Sommerzeit auf dem Flughafen Le Bourget ein. Auch er wurde von Bidault empfangen.

Bevins Pläne
Bevin wird seinen beiden Kollegen über die Besprechungen berichten, die er in dieser Woche zusammen mit anderen britischen Ministern mit dem amerikanischen Staatssekretär für Wirtschaftfragen, Clayton, geführt hat. Londoner diplomatische Kreise erklärten, Außenminister Bevin strebe für die Schaffung einer Reihe verhältnismäßig kleiner Ausschüsse ein, die sich mit der Feststellung der wirtschaftlichen Bedürfnisse Europas befassen sollen. Diese sollten in irgendeiner Form an die von den Vereinten Nationen eingesetzte europäische Wirtschaftskommission angegliedert werden. Er lege großen Wert auf Vermeidung theoretischer Auseinandersetzungen zu Gunsten praktischer Vorschläge. Eine vollständige Übersicht über das, was Europa an wirtschaftlicher Unterstützung durch die Vereinten Nationen brauche, könne nach Bevins Ansicht bis Ende August erreicht werden. Dazu wird eine Äußerung des britischen Botschafters in Paris bekannt, der am Donnerstagabend sagte, England habe einen Plan für den Wiederaufbau Europas beauftragt, wie ihn Außenminister Marshall vorgelegt habe. Nur die Ermengung Großbritanniens durch den Krieg habe aktivere Schritte des Landes in dieses brennende Problem verhindert.

Pariser Voraussagungen
Über Bevins Vorschläge will man in Paris wissen, daß er unter anderem für eine Steigerung der Ausnutzung der Wasserkraft in den Alpen einstreuen wird, um dadurch Kohlen zu sparen. Auch soll er für die Einfuhr amerikanischer Maschinen nach Deutschland, die eine beträchtliche Steigerung der Kohlenförderung des Ruhrgebietes ermöglichen soll.

Amerikanische Stimmen
Eine Äußerung des amerikanischen Finanzministers veranlaßte Präsident Truman zu einer Erklärung vor Pressevertretern. Darin sagte er, Marshall habe den amerikanischen Standpunkt eindeutig erörtert. Es bestehe völlige Einmütigkeit über das Hilfsangebot innerhalb der amerikanischen Regierung, auch der Finanzminister werde voll mit ihm sein. Außenminister Henry Wallace gab der Ansicht Ausdruck, daß der Kongreß mit seiner derzeitigen republikanischen Mehrheit wohl kaum die erforderlichen Dollar-Milliarden bewilligen werde, falls diese für „betont antikommunistische und antizionalistische Begriffe“ verwendet werden sollen. Gleichzeitig bezeichnete er aber auch den Marshall-Plan als einen großen Fortschritt gegenüber der Truman-Doktrin. Der amerikanische Botschafter in London sagte, auch Länder mit verschiedenen wirtschaftlichen Systemen könnten erfolgreich am Wiederaufbau Europas zusammenarbeiten. Amerikas Hilfe würde dagegen wirksamer, wenn sich nicht alle an der europäischen Wirtschaft Beteiligten zu einer solchen Mitarbeit bereit erließen.

Gunnar Myrdals Eindrücke über den Marshall-Plan
Genf. (Südena). Nach seiner Rückkehr von einem einwöchigen Aufenthalt in Moskau empfing Gunnar Myrdal, der leitende Sekretär der Kommission für europäische Wirtschaftfragen die Vertreter der internationalen Presse. Zum Marshall-Plan bemerkte Myrdal, daß bis jetzt noch keine Regierung die Aufnahme dieses Problems in die Tagesordnung der am 5. Juli beginnenden Sitzungsperiode der Kommission beantragt habe. Im übrigen stellte er fest, daß der Marshall-Plan einen lebhaften Antriebs zur Wiederherstellung Europas darstelle, unter der Bedingung, daß alle Länder zusammenarbeiten, um auf diese Weise stärklich die Einheit des Kontinents zu stärken.

Pariser Besprechungen
Bidault, so wird weiter in Paris erklärt, sei zur Erörterung aller Mittel bereit, die notwendig seien, um die Kohlen- und Nahrungsmittelherzeugung herbeiführen könnten. Dagegen werde er sich einer Besprechung über die Wirtschaftseinheit Deutschlands oder die politische Kontrolle des Ruhrgebietes widersetzen. Er rechne mit der Unterstützung aller französischen Parteien bei den Pariser Besprechungen, da auch die Kommunisten auf ihrem Straßburger Parteitag erklärt haben, sie wollten das Einvernehmen zwischen den Alliierten in keiner Weise zerstören.

Abgeordnete Stübinger und Jungias würden sich zu Konsenspositionen bereit finden
Die Wähler haben am 8. Mai den Männern durch den Mund des Alterspräsidenten Dr. Schüler haben die Abgeordneten bekräftigt, daß sie sich dieses Vertrauens bewußt sind. An ihnen liegt es nun, durch die Tat dieses Vertrauens auch zu rechtfertigen. (Fortsetzung S. 2)



Die Leiter des bilateralen Kontrollamtes, General-Lieutenant Sir McCreedy, England (l. v. links) und General C. Adcock, USA (g. v. links), als Ehren Gäste bei der Eröffnungssitzung des Wirtschaftsrates in Frankfurt am Main. (Dena-Bild)

Um das Stückchen Brot und Kohle

Von Erich Dombrowski

Noch gegen Ende dieser Woche werden sich die drei großen europäischen Außenminister in Paris treffen. Der Marshall-Plan steht allein auf der Tagesordnung. Die Sowjetunion hat sich bereit erklärt, dabei mitzutun. Aber das ist vielleicht schon zuviel gesagt. Die russische Diplomatie ist vorsichtig. Sie will erst die Karten, nach dem Mischen, in der Hand haben, ehe sie sich am Spiel beteiligt. Das kann man verstehen. Mit anderen Worten: sie will erst einmal in dieser Pariser Aussprache Erkundigungen einziehen über das Was und Wie. Das erklärt sich nicht zuletzt aus den gespannten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Washington tritt wieder als großzügiger Geldgeber auf. Verbindet es damit, wie gegenüber Griechenland, der Türkei und dem Iran, politische Absichten oder ist es eine rein wirtschaftliche und finanzielle Aufgabe, die es sich für den Wiederaufbau Europas gestellt hat? Die Wiederherstellung konsumstärker Absatzmärkte für die amerikanische Produktion? Oder will Amerika, darüber hinaus, die europäische Lebens- und Schicksalsgemeinschaft dabei auch in eine gewisse politische Abhängigkeit zu sich bringen, sei es auch nur zur Verhinderung der Finanz- und Warenkrisis auf die einzelnen europäischen Nationen vornehmen, wer wird sie kontrollieren und wer wird als Einzel- oder als Gesamtschuldner für die Verzinsung und für die Rückzahlung garantieren? Das sind alles durchaus verständliche Fragen. Auf zwei sind im Laufe der vorangehenden Erörterungen in der Öffentlichkeit bereits Antworten gegeben. Harold Stassen, der vermutliche Präsidentschaftskandidat der Republikanischen Partei, also eine, wenn nicht die führende Persönlichkeit der Partei, die heute sowohl im Repräsentantenhaus wie auch im Kongreß eine Mehrheit auf sich vereinigt, hat ziemlich klar zu verstehen gegeben, daß die fast uferlosen Milliarden-Ausgaben, wie sie zur Wiederaufrichtung Europas vorgesehen seien, nur dann in Betracht kommen könnten, wenn man auch da wieder zu privatwirtschaftlichen Grundsätzen zurückkehre und einer weiteren Sozialisierung, wo es auch sei, Einhalt gebiete. Da die Republikaner über das große Portemonnaie Amerikas verfügen, ist diese über den Ozean weiterhin schallende Stimme gewiß nicht ohne Belang. Die Russen andererseits haben in ihrer Presse, zweifellos nicht von ungefähr, darauf hingedeutet, daß die Organisation der Vereinten Nationen, die UN, als entscheidende Planungs- und Verteilungsstelle eingeschaltet werden müsse. Damit würde den Amerikanern lediglich die Rolle des Geldgebers zugewiesen werden. Ueber die Verfügung des Kredites hätte es aber nicht mehr als irgendein anderes Mitglied der Vereinten Nationen zu sagen. Ob Washington sich damit begnügen wird, kann man jetzt noch nicht sagen. Das wird sich erst zeigen, wenn die Aussprache über diesen kritischen Punkt eröffnet werden wird. Man darf auch nicht vergessen, daß der Marshall-Plan im Augenblick bloß die Idee von einigen wenigen amerikanischen Persönlichkeiten ist. Truman wie Marshall, die Demokraten sind, und Vandenberg, der in der Außenpolitik der Republikanischen Partei zuzusagen der Wortführer ist. Ob hernach, wenn die Verhältnisse sich weiter geklären haben nach der einen oder anderen Seite, die Republikaner dies

immer noch keine Lösung in Rheinland-Pfalz

Die Verhandlungen der Parteien gehen weiter und weiter

Kohlen. (Eigene Meldung.) Die Sitzungen des Landtages, die für den vergangenen Dienstag und Mittwoch vorgesehen waren, mußten abgesetzt werden, da die Verhandlungen der Parteien über die Regierungsbildung bisher zu keinem Ergebnis geführt werden konnten. Die nächste Sitzung des Landtages ist für den 9. Juli anberaumt.

Die junge Demokratie hat es schwer. Bis sich die Regierungen in allen deutschen Ländern gebildet haben, vergeht mehr Zeit, als die Weimarer Republik im Einzelfalle benötigte. Zwei Jahre brauchte jetzt das Land Nordrhein-Westfalen, um dort eine tragfähige Regierung zu bilden. In Rheinland-Pfalz ist es nicht zum Abschluß gekommen. Es stellt dies also keinen Ausnahmefall dar, sondern bestätigt die Schwierigkeiten, die Parteien in ihrer Auseinandersetzung zu bewältigen haben.

Der Ministerpräsident Dr. Boden in der Sitzung am 12. Juni die Bildung einer Regierung ankündigend, begegnete sich wohlbedenklichen Bedenken. Es ist ihm dann auch nichts anderes, als die Bildung eines Einparteienkabinetts mit dem Minister der CDU, die mit Zustimmung der Demokraten vorläufig die Regierungsbildung führen. Die Beschränkung der Mandate von vierzehn auf zehn, die neue Regierung dem Landtage vorgelegt werden sollte. Diese Frist war gegenwärtig verfallen. Landtagspräsident Diehl hatte die Mitglieder des Landtages zu einer Sitzung einberufen, in der die Zusammenfassung eines endgültigen Ministeriums mit dem Landtag einverstanden sein sollte. Die Sitzung wurde jedoch nicht angetreten, da sich die Parteien noch nicht geeinigt hatten. Am Donnerstag, 11.00 Uhr, wurde aber auch diese Sitzung wieder abgebrochen, da die Verhandlungen immer

nicht zum Abschluß gekommen waren. In der letzten Sitzung der einzelnen Parteien mit Fühlungnahme ihrer jeweiligen Vertrauensmänner fanden den ganzen Mittwoch in Bad Ems und Koblenz statt. Es ist müßig, alle die möglichen und unmöglichen Kombinationen aufzuzählen, von denen sich keine verwirklicht hat. Als einziges Ergebnis bleibt zu verzeichnen, daß die Verhandlungen zwischen CDU und SPD, als den beiden größten Parteien, weitergeführt wurden und zu der grundsätzlichen Verständigung führten, ein Allparteien-Kabinetts zu bilden. Verwunderlich bleibt nur, warum man so lange bis zu dieser Erkenntnis gebraucht hat. Sämtliche Parteien betonten die Notwendigkeit der gemeinsamen Arbeit, aber beide Parteien, CDU und SPD, auf die es in der Hauptsache ankommt, stellten im gleichen Moment Bedingungen, verknüpften ihre Bereitschaft, dieses Parlamentsspiel zu führen, mit der Art, drängen Probleme zur Entscheidung und fordern klare Sicht in den Regierungsgeschäften.

Nach wie vor besteht die SPD auf der Besetzung des Innenministeriums und hält die Kandidatur des selbsterwählten Innenministers Steffan fest, während die CDU gerade dieses stärkste Ministerium mit dem Ministerpräsidenten vereinigt sehen wollte. Darüber hinaus lehnt die SPD den CDU-Abgeordneten Dr. Boden als Ministerpräsident ab. Solange Ministerpräsident Dr. Boden den ihm vom Landtag erteilten Auftrag der Kabinettsbildung wieder zurückgeben, dürfte, nach unseren Informationen, der Regierungspräsident von Montabaur, der CDU-Abgeordnete Altmeyer, an seine Stelle treten. Ursprünglich war auch von einer Kandidatur des bisherigen Justizministers Dr. Süsterenn die Rede. Vermutlich wird er aber das Justizministerium behalten, während Dr. Boden der Regierung mitangehört und unter Umständen die Kultus- und Finanzangelegenheiten in seinem Ministerium verwalten wird. Die

